

HU speist Studi-Jobber zu billig ab

Julia Boving

Die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) beschäftigt, dem Personalrat der studentischen Beschäftigten zufolge, ungefähr ein Drittel der studentischen Mitarbeiter*innen rechtswidrig. Dies beklagten die Studierenden am Dienstag bei der Sitzung des akademischen Senats der Universität.

Die rund 600 Betroffenen werden nach dem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) bezahlt, der für die Arbeit in wissenschaftlichen Bereichen gilt. Allerdings erledigen die Betroffenen gar keine »wissenschaftsspezifischen Aufgaben«. Das bestätigte vor Kurzem auch ein Urteil des Landgerichts Berlin.

Vielmehr arbeiten sie im Präsidium der Universität, der Verwaltung oder in technischen Bereichen. Hier gilt für die Angestellten normalerweise der Tarifvertrag der Länder. Dementsprechend hätten sie Anspruch auf Jahressonderzahlungen und eine Entlohnung ihren Kenntnissen entsprechend.

Bereits seit mehreren Jahren beklagt der Personalrat für studentische Beschäftigte die prekären Arbeitsverhältnisse an der Humboldt-Universität. Moritz Wiederänders studiert evangelische Theologie und ist Mitglied des studentischen Personalrats. Er berichtet, dass die Anstellung nach dem falschen Tarifvertrag zu schlechterer Entlohnung führt und keine Aussicht auf Entfristung für die Angestellten bietet.

Der Personalrat für studentische Beschäftigte wird in jährlichen Wahlen von den studentischen Mitarbeiter*innen bestimmt. Das Gremium setzt sich für gerechte Arbeitsbedingungen für Studierende an der Humboldt-Universität ein.

Einige Mitglieder des Personalrats sind selbst von den rechtswidrigen Arbeitsverhältnissen betroffen. Wiederänders arbeitet seit sechs Jahren im IT-Bereich an der Universität, immer auf zwei Jahre befristet und zum gleichen Lohn. Er ist sich sicher, dass er woanders mehr verdienen würde.

Auch andere Universitäten beschäftigen dem Theologiestudenten zufolge ihre Hilfskräfte rechtswidrig. »Die Humboldt-Universität betreibt dies allerdings am aggressivsten und legt keinen Wert auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit uns«, erklärt Wiederänders. Für ihn steht fest, dass die Universität mit diesen Maßnahmen Geld sparen will, um es an anderer Stelle auszugeben. »Hier passiert eine Umverteilung. Das Geld wird bei den Studierenden eingespart und in Wissenschaft und Forschung investiert«, kritisiert der Personalrat. Die Universität hat sich auf Anfrage bisher nicht zu den Vorwürfen geäußert.

Von der Rede im Akademischen Senat erhoffen sich die Mitglieder des Personalrats, öffentlichen Druck auf die Universitätsleitung auszuüben. Sie arbeiten dafür auch mit dem Referent*innenrat zusammen, der für die politische Interessenvertretung zuständig ist und ebenfalls im Konflikt mit der Universität steht.